

eine Kriegsflotte zu gründen, die das Baltische Meer beherrschen sollte und auch zum Angriff gegen Schweden hätte dienen können. Der ungebrochene Widerstand Stralsunds hat diesen Plan gehemmt; aber Gustav Adolf war mit seinem Reichsrat darin einverstanden, daß man den Gegner entweder jetzt in Stralsund aufsuchen oder ihn später in Kalmar erwarten müsse.

Das frische, entschlossene, tatkräftige Auftreten des großen schwedischen Kriegsfürsten in Deutschland bildet einen auffälligen Gegensatz zu der kleinmütigen Halbheit, die dort an den protestantischen Fürstenhöfen herrschte. Gustav Adolf verlangte von seinen Glaubensgenossen unbedingten Anschluß an seine Sache unter Verzicht auf politische und militärische Selbständigkeit; er selbst wollte allein die Leitung des Kriegswesens in Händen haben und über die Mittel der deutschen Länder und Städte für seine Zwecke verfügen; er machte kein Hehl daraus, daß Schweden für seine Kriegseleistungen auf eine angemessene Art, wozumöglich durch Überlassung geeigneter Küstengebiete, schadlos gehalten werden müsse. Mit Geringschätzung spottete er über die ruheselige, lässige Art der deutschen Fürsten, die sich von ihren guten Tagen nichts abbrechen und ihr Bierchen in Ruhe trinken wollten. Er forderte sie zu männlichen Entschlüssen, zu Tätigkeit und Entfagung, zu heroischen Kraftanstrengungen auf; er wollte von Neutralität nichts hören und wollte sie eigentlich nicht als gleichberechtigte Bundesgenossen, sondern als unselbständige Anhänger für seine Sache gewinnen.

In Brandenburg traf er dabei keineswegs auf eine entgegenkommende Stimmung. Seine persönliche Spannung mit Georg Wilhelm wegen der Heiratsangelegenheit war noch immer nicht gelöst; hauptsächlich aber fürchtete man am brandenburgischen Hofe, daß ein Bündnis, wie Gustav Adolf es verlangte, im Fall eines unglücklichen Ausganges die Vernichtung des Hauses Brandenburg nach sich ziehen werde; während man andererseits damit rechnen mußte, daß Gustav Adolf nach einem siegreichen Kriege Preußen, wo die Häfen Pillau und Memel schon durch den Waffenstillstand von Utmars (1629) in seine Hand gekommen waren, und womöglich auch Pommern, das er jetzt als seine Operationsbasis einrichtete, endgültig behalten werde. Hatte er sich doch gleich nach seiner Ankunft in Pommern durch einen Vertrag mit dem Herzog ausbedungen, daß nach dem Tode dieses alten und gebrechlichen Herrn die Verwaltung des Landes in seine Hand kommen müsse.

Solche Erwägungen standen trennend zwischen Georg Wilhelm und seinem Schwager, dem Schwedenkönig. Gerade die Neutralität, die Gustav Adolf so heftig verwarf, wurde jetzt wieder das Ziel der brandenburgischen Politik. Der Träger dieser Politik war nicht mehr Schwarzenberg, der vielmehr nach wie vor den Anschluß an den Kaiser empfahl, sondern Kneesebeck, der 1627 vergeblich gegen das Bündnis mit dem Kaiser aufgetreten war, und mit ihm der Kanzler Göhen, der jetzt die Stelle des kürzlich verstorbenen Brudmann einnahm und ebenfalls die Politik der Unterwerfung unter den Kaiser nur widerwillig mitgemacht hatte; die Ratschläge dieser beiden drängten damals den übermächtigen Einfluß Schwarzenbergs zurück. Was sie wollten, war enger Zusammenschluß mit Sachsen und Begründung eines evangelischen Bundes deutscher Fürsten, der zwischen dem Kaiser und seinen ausländischen Feinden die evangelische Sache aufrecht erhalten und vor allem einer gewaltsamen Durchführung des Restitutionsedikts entgegenzutreten sollte. Nach langen Verhandlungen mit Sachsen und wiederholten

persönlichen Zusammenkünften der Kurfürsten Georg Wilhelm und Johann Georg setzten die brandenburgischen Räte ihre Absicht durch: Ende 1630 gab Sachsen seine Zustimmung zur Berufung eines evangelischen Konvents, der im Februar 1631 auf dem Rathause in Leipzig gehalten worden ist. Das Ergebnis der Verhandlungen, das den Absichten der brandenburgischen Räte entsprach, wurde auf ihr Drängen und trotz des Widerstrebens der ziemlich lau gesinnten Sachsen in einem förmlichen „Abschied“ zusammengefaßt. Verhandlungen mit den katholischen Reichsständen wurden zwar in Aussicht genommen, aber die Genossen des Konvents waren einverstanden darin, daß man die Durchführung des Restitutionsedikts auf jede Weise verhindern und der Gewalt Gewalt entgegensetzen müsse. Zu diesem Zwecke sollten auch Rüstungen veranstaltet werden. Brandenburg brach noch nicht mit dem Kaiser, aber es trat nun in Beziehungen zu seinen Feinden, namentlich auch zu Frankreich, die dem kaiserlichen Hofe unmöglich gefallen konnten. Der Kaiser forderte, daß Brandenburg unzweideutig und entschieden auf seiner Seite bleiben solle; so riet auch Schwarzenberg; aber unter dem Druck der schwedischen Waffen verlor sein Einfluß die alte Kraft; er verließ den Hof und zog sich auf seine rheinischen Güter zurück.

Dem Schwedenkönig gegenüber beobachtete Brandenburg zunächst eine abwartende Haltung, ohne auf seine Bündnisforderungen einzugehen. Als aber Gustav Adolf in Pommern festen Fuß gefaßt hatte, und nun Tilly gegen die Mark heranzog, die seit der Absehung Wallensteins nur noch teilweise von kaiserlichen Truppen besetzt war, da mußte man sich am brandenburgischen Hofe entscheiden, welcher Partei man beitreten wollte. Gustav Adolf verjagte im April 1631 die Kaiserlichen aus der Neumark und nahm Frankfurt und Landsberg in Besitz, ebenso Küstrin bis auf die von brandenburgischem Kriegsvolk besetzte Zitadelle. Er forderte jetzt den unbedingten Anschluß des Kurfürsten unter Einräumung der Festungen Küstrin und Spandau, unter Anerkennung der Direktion des Kriegswesens durch den Schwedenkönig, unter Zahlung von Kontributionen zur Unterhaltung des schwedischen Heeres. Der Kurfürst konnte sich nicht dazu entschließen. Da erschien Gustav Adolf von Köpenick her vor Berlin (13. Mai). Militärischer Widerstand war nicht möglich und nicht beabsichtigt. Der Kurfürst ging mit seiner Familie dem Schwager entgegen. In Dreptow wurde verhandelt, aber ohne daß eine Einigung zustande kam. Gustav Adolf zog mit 1000 Mann seiner Truppen nach Berlin, um dort als Gast des Kurfürsten weiter zu verhandeln. Die pommersche Frage wurde erörtert; der Schwedenkönig verlangte die Überlassung der Seeküste. Er brachte damals wohl auch schon den Plan einer Vermählung des Kurprinzen mit seiner Tochter Christine, seinem einzigen Kinde bisher, zur Sprache. Man kam sich etwas näher, aber zu einer völligen Einigung gelangte man auch jetzt noch nicht. Das von Gustav Adolf geforderte Bündnis, das den Kurfürsten aller Selbständigkeit beraubt haben würde, kam nicht zustande; der König begnügte sich zunächst mit der Einräumung von Spandau. Seine Absicht war jetzt vor allem darauf gerichtet, das von Tilly belagerte Magdeburg zu entfernen; er verhandelte mit Sachsen wegen der Einräumung von Wittenberg, um einen Stützpunkt an der Elbe zu haben. Sachsen weigerte sich, ihm den Platz zu überlassen, so ungeduldig auch der Schwedenkönig drängte. Inzwischen fiel Magdeburg und wurde bei der Plünderung ein Raub der Flammen. Es war ein harter Schlag für den

Protestantismus und für das Ansehen Gustav Adolfs in Deutschland. In seinem Vormarsch aufgehalten, drängte er jetzt noch stärker als vorher auf ein Bündnis mit Brandenburg, das ihm die Unterwerfung des Landes und damit eine Verstärkung seiner Operationsbasis verschaffen sollte. Er drohte erst, aus Deutschland abziehen und den Kurfürsten samt seinen Glaubensgenossen ihrem Schicksal überlassen zu wollen. Aber das war wohl kaum ernst gemeint und hatte jedenfalls nicht die gewünschte Wirkung. Dann machte er Wien, mit Gewalt gegen Berlin vorzugehen. Im Lager vor Spandau kam es zwischen den beiden Fürsten zu einer neuen Verhandlung am 30. Mai; Georg Wilhelm suchte Zeit zu gewinnen, indem er vorschlug, daß er erst mit Sachsen verhandeln wolle, um mit diesem gemeinsam den Anschluß an die Schweden zu vollziehen. Aber diese Verhandlungen führten nicht zum Ziel. Gustav Adolf ließ sich nicht länger hinhalten. Am 20. Juni standen die Schweden vor den Mauern Verlus; sie landeten von der Spree aus Geschütz und richteten ihre Kanonen auf das Schloß. Aber im Grunde war es doch nicht Gustav Adolfs Absicht, es zum Äußersten kommen zu lassen. Ein gewalttames Vorgehen gegen seinen Schwager, den Kurfürsten, würde ihm viele deutsche Fürsten entfremdet haben, zumal die niederschlagende Wirkung des Falles von Magdeburg, den er nicht hatte verhindern können, die Werbefraucht seines kriegerischen Auftretens schädigte. So gelang es den fürstlichen Frauen, die wieder zu ihm hinauszogen, ihn milder zu stimmen und dem Kurfürsten, der ihnen folgte, eine freundliche Aufnahme zu neuen Verhandlungen zu bereiten. Diese führten am 21. Juni wieder nur zu einer vorläufigen Vereinbarung. Zu einem Bündnis, wie es Gustav Adolf begehrte, kam es auch jetzt nicht, sondern nur zu einem Vertrage, der ihm Spandau und nötigenfalls auch Küstrin für die ganze Dauer des Krieges einräumte und Kontributionen im Betrage von 30 000 Talern monatlich für den Unterhalt des schwedischen Heeres zugestand. Seine politische Selbstständigkeit behauptete der Kurfürst ebenso wie seine kriegsherrliche Stellung, indem ihm unverwehrt blieb, Werbungen auf eigene Hand anzustellen, um namentlich den Paß von Küstrin, wo die brandenburgische Besatzung blieb, vor den Gegnern Gustav Adolfs zu sichern. Aber die pommerische Frage kam man auch jetzt zu keiner Vereinbarung, weil Georg Wilhelm auf keinen Teil des Landes zugunsten der Schweden verzichten wollte. Die Folge war, daß Gustav Adolf das ganze Land als seine Eroberung betrachtete und es fortdauernd als Operationsbasis benutzte.

Der große Sieg des Schwedenkönigs bei Breitenfeld (17. September 1631), die rettende Tat für den deutschen Protestantismus, sicherte auch den Kurfürsten von Brandenburg vor den Folgen der kaiserlichen Unnade; und der weitere Siegeszug Gustav Adolfs hatte auch die Wirkung, daß die Mark, die nun nicht mehr das eigentliche Kriegstheater war, in der nächsten Zeit etwas entlastet wurde. Bei Breitenfeld hatten die Sachsen schon als Verbündete des Schwedenkönigs gefochten, und brandenburgische Truppen wirkten nun 1632 mit ihnen zusammen zu einem Angriff auf Schlesien. Aber das Bündnis, das Gustav Adolf unablässig begehrte, um die Einzelbündnisse, die er mit anderen Reichsständen bereits geschlossen hatte, zu ergänzen und den von ihm erstrebten Zusammenschluß eines von ihm abhängigen bewaffneten Corpus Evangelicorum im Reiche herzustellen, mußte Brandenburg auch jetzt noch ebenso zu vermeiden, wie es Sachsen tat. Auf diesem Fuße blieb das Verhältnis, bis Gustav Adolf,

dem Wallenstein, jetzt wieder Generalissimus des Kaisers, strategisch die Vorhand abgewonnen hatte, bei dem Versuche, Sachsen vor ihm zu decken, in der Schlacht von Lützen den Heldentod fand. Während jetzt Sachsen mit größerem Eifer als früher an dem protestantischen Fürstenbund des Leipziger Konvents festhielt, der als dritte Partei zwischen dem Kaiser und Schweden die deutsch-evangelischen Interessen vertreten sollte, ließ sich Brandenburg im Januar 1633 von dem schwedischen Kanzler Axel Oxenstierna, der nach des Königs Tode die politische Leitung übernommen hatte, dazu bestimmen, die Politik eines solchen evangelischen Sonderbundes aufzugeben. Die Meinungsverschiedenheit, in welche die beiden kurfürstlichen Höfe dadurch gerieten, schloß indessen die Fortsetzung näherer Beziehungen nicht aus und hat auch nicht verhindert, daß brandenburgische Truppen, wie im Vorjahre, mit den Sachsen unter Arnim und mit einem schwedischen Korps zu einer neuen Unternehmung gegen Schlessien zusammenwirkten, bei der für Brandenburg wohl auch Jägerndorf oder vielleicht Sagan und Glogau als Siegespreis winken mochten. Auf der anderen Seite war Wallenstein bestrebt, die beiden Kurfürsten von der schwedischen Sache zu trennen; er trat in Verhandlungen mit Arnim, ließ sich aber dadurch nicht abhalten, das feindliche Heer bei Steinau in Schlessien zu überfallen und teilweise zur Waffenstreckung zu zwingen; seine Vorhut drang schon bis nach Krossen, Frankfurt und Landsberg vor.

Da die Verhandlungen mit den Sachsen nicht zum Ziele führten, so knüpfte Wallenstein solche mit den Schweden an und suchte sich zugleich auf alle Fälle des Heeres zu versichern. Er betrat so die Bahn, die ihn zum Untergang geführt hat. Nach seiner Ermordung nahm dann die kaiserlich-spanische Kriegsführung einen neuen Aufschwung, und die Schlacht von Nördlingen (September 1634) zerstörte die schwedische Machtposition in Reich und bahnte den Weg zu einer Verständigung zwischen den protestantischen Kurfürsten und dem Kaiser.

Sachsen ging dabei voran; Kurfürst Johann Georg schloß mit dem Kaiser 1635 den Prager Frieden, der darauf berechnet war, durch Anschluß der übrigen protestantischen Fürsten die Grundlage für eine neue Reichsverfassung mit stärkerer Geltung der Kaisermacht zu bilden. Sachsen trat von der schwedischen auf die kaiserliche Seite über und verpflichtete sich, durch seine Truppen zur Vertreibung der Schweden aus Deutschland mitzuwirken, wenn die Friedensverhandlungen, die Kurfürst Johann Georg im Auftrage des Kaisers mit Oxenstierna zu führen unternahm, ohne ein annehmbares Resultat blieben. Der Kaiser verzichtete auf die Durchführung des Restitutionsedikts, so weit Sachsen und auch Brandenburg davon betroffen wurden; der Besitzstand vom 22. November 1627 sollte maßgebend sein. Aber weder der geistliche Vorbehalt noch der Widerspruch des Kaisers gegen das Stimmrecht der protestantischen Stiftsverweser am Reichstag wurde aufgehoben; besonders bedenklich war für den Kurfürsten von Brandenburg, daß die Geltung des Religionsfriedens auf die augsburgischen Konfessionsverwandten beschränkt sein sollte. Die Hauptsache war für Sachsen, daß es die beiden Lausitzen gewann, die es bisher nur im Pfandbesitz gehabt hatte, und daß der sächsische Prinz August als Administrator in Magdeburg bestätigt wurde. Eine Reichsarmee von 80 000 Mann unter dem Kommando des Kaisers und auf ihn vereidigt war bei der weiteren Ausdehnung des Bündnisses in Aussicht genommen; dem Kurfürsten von Sachsen aber war ein besonderes Kommando über sein Kontingent zugestanden worden.